

dann von einer prospektiven Einnahmeverbesserung. Und dann kommen wir möglicherweise zu einem Dreiklang.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, ich möchte auf die Redezeit hinweisen. Dass die Landesregierung ihre Redezeit überzogen hat, ist schon eingerechnet. Sie haben jetzt die Redezeit überzogen. Kommen Sie bitte zum Ende. Ich bitte um Verständnis.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Danke, Herr Präsident. Ich komme zum Ende.

Wenn Sie diesen Dreiklang tatsächlich realisieren wollen, dann führen Sie bitte auch die Politik der ausgestreckten oder der einladenden Hand tatsächlich durch! Wir sind da, mit Ihnen darüber zu diskutieren, insbesondere über die Zukunftsinvestitionen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bürger unseres Landes. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung zu den Einzelplänen 12 und 20.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2112** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei einigen Zustimmungen und bei einigen Enthaltungen aus der Fraktion der Piraten **angenommen** und der **Einzelplan 12 verabschiedet**.

(Zurufe von den PIRATEN: Auch Ablehnungen!)

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2127**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen deshalb über den Inhalt des Antrags ab. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP bei Enthaltungen und Ja-Stimmen aus der Fraktion der Piraten **abgelehnt**.

Ich muss das erste Abstimmungsergebnis insofern korrigieren, als sich bei der Abstimmung über den Einzelplan 12 einige Abgeordnete der Piraten ent-

halten und einige andere Abgeordnete der Piraten die Beschlussempfehlung abgelehnt haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2103.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Kollegen Sieveke das Wort.

Daniel Sieveke (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen und wir haben es gerade gehört: Der Haushalt des Landes weist erhebliche strukturelle Defizite auf. Das ist keine Behauptung der CDU-Fraktion, sondern dies verdeutlichen die Finanzplanung, aber auch die Ausführungen des Finanzministers schonungslos.

Seitens der rot-grünen Landesregierung ist keine Initiative zu erkennen, um das strukturelle Defizit abzubauen und einen nachhaltigen Haushaltsausgleich zu erzielen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Sie haben ja auch keine Ideen!)

– Auch wenn Sie es nicht hören wollen: Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen, nur Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen will nicht sparen. Das gehört zu diesem Punkt noch dazu.

Nun zum Speziellen. Sie, Herr Minister Jäger, als zuständiger Fachminister und die rot-grünen Fraktionen tragen in besonderer Weise die Verantwortung für die innere Ordnung, für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die Entwicklung der Gesamtkriminalität in unserem einwohnerzahlenmäßig größten Bundesland.

Ich möchte eines betonen: Der Schutz und die Gewährleistung der inneren Sicherheit sind Kernaufgaben des Staates. Der Schutz vor Kriminalität, die Verhinderung von Straftaten und deren konsequente Ahndung sind unabdingbare Voraussetzung für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Sicherheit ist zudem auch ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes.

Ausweislich der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik hat sich die Kriminalitätslage in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern jedoch drastisch verschlechtert.

Während die Zahl der erfassten Straftaten im Jahr 2011 bundesweit um 1 % gestiegen ist, betrug ihr Anstieg hierzulande 4,8 %. Der Kriminalitätszu-

wachs in Nordrhein-Westfalen war 2011 damit fast fünfmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Gleichzeitig sinkt die Aufklärungsquote. Mit einer landesweiten Aufklärungsquote von lediglich 49,1 % nahm Nordrhein-Westfalen im Jahr 2011 den vorletzten Platz unter den bundesdeutschen Flächenländern ein. Die Entwicklung in 2012 werden Sie, Herr Minister, in wenigen Tagen vorstellen. Ich hoffe, dass die Zahlen nicht noch schlechter werden.

Sie reagieren auf die besorgniserregende Gesamtentwicklung mit Aktionsprogrammen. Das kann man so machen. Das ist populär; Ihre Popularität kann damit gesteigert werden. Ob Sie aber damit die Lage wirklich in den Griff bekommen und Substanz damit erzielen, ist nicht zu erkennen.

Die sicherheitspolitische Bilanz von Rot-Grün seit 2010 ist miserabel. Ein schlüssiges Gesamtkonzept, mit welchen langfristig ausgerichteten Schritten und Maßnahmen Sie eine deutliche Verringerung der Straftaten und eine deutliche Verbesserung der Aufklärungsquote erreichen wollen, Herr Minister Jäger, ist nach wie vor nicht zu erkennen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Erfolge in diesem sensiblen Politikfeld der inneren Sicherheit stellen sich nur langfristig ein, nämlich mit einer langfristig ausgerichteten Personalentwicklung und Personalbedarfsberechnung. Eigentlich sollte das klar sein.

Herr Minister, wie beurteilen Sie die vor wenigen Tagen geäußerten Vorwürfe von Interessenverbänden, die vor massiven Einschnitten bei der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger warnen? Die Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen besteht derzeit aus überwiegend älteren, berufserfahrenen Kollegen. In den nächsten zehn Jahren wird die Kriminalpolizei allein wegen Erreichens der Altersgrenze ca. 50 % der Beamtinnen und Beamten durch Pensionierung verlieren. Wie wollen Sie, Herr Minister, diesen Mehrbedarf an Personal bei der Kriminalpolizei decken?

Es ist eben schon erwähnt worden: Die CDU-Fraktion hat 84 Änderungsvorschläge zum Haushalt vorgelegt. Damit wären knapp 1 Milliarde € an strukturellen Einsparungen im Landeshaushalt verbunden gewesen. SPD und Grüne haben alle – aber auch wirklich alle – unsere Sparvorschläge abgelehnt.

Bezogen auf den Einzelplan 03 schlagen wir vor, in den nächsten fünf Jahren jeweils 200 zusätzliche Stellen für sogenannte Polizeiverwaltungsassistenten zu schaffen, die Sachbearbeitertätigkeiten in den Führungsstellen übernehmen können. Dadurch kann der Polizeivollzugsdienst spürbar entlastet und Personal für den operativen Bereich zurückgewonnen werden.

Herr Minister Jäger, nach wie vor gibt es keine Vorstellung von einer dringend notwendigen großen

Dienstrechtsreform. Auch hier obliegt Ihnen die Federführung. Deswegen heute nur die Frage: Kommt sie noch in dieser Legislaturperiode?

Da es mir ein persönliches Anliegen ist, möchte ich noch kurz einige wenige höfliche und konstruktiv gemeinte Fragen und Wünsche vortragen, die unsere Feuerwehren im Land betreffen.

Erstens. Bleiben Sie bitte bei der Situation der Lehrgänge am Ball, wie es Ihr Staatssekretär, Herr Dr. Krüger, im Ausschuss gerade dankenswerterweise bereits zugesagt hat.

Zweitens. Schauen Sie sich unseren CDU-Antrag zu Kinderfeuerwehren bitte wohlwollend an und lehnen Sie ihn nicht nur einfach ab, weil er von uns geschrieben wurde.

Drittens und letztens komme ich zu einem sehr alten, aber auch sehr traurigen Thema. Bitte bringen Sie endlich Bewegung in die Frage einer Stiftungslösung für die sogenannten nicht qualifizierten Dienstunfälle. Ich nenne hier das Stichwort „Karfreitags-Unfall in Paderborn“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die rot-grüne Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen leisten aus der Sicht der CDU keinen Beitrag zur Verringerung der Staatsschulden und damit zur Bekämpfung der Finanznot der öffentlichen Haushalte. Leider leisten sie auch nur einen bei Weitem nicht ausreichenden Beitrag zur dringend notwendigen Konzentration auf die klassischen Kernaufgaben des Staates.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Daniel Sieveke (CDU): Ich komme zum Schluss. – Deswegen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lehnt die CDU-Fraktion den Einzelplan 03 ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Folgendes will ich vorwegschicken: Ich kann mich gut daran erinnern, dass ich vor ziemlich exakt einem Jahr, am 14. März, hier gestanden habe. Ich hatte zehn Minuten Redezeit und mich ganz toll für den Einzelplan 03 vorbereitet. 24 Stunden vorher erfuhr ich, dass genau dieser Einzelplan – der erste, den wir beraten und abstimmen sollten – zu einer Landtagsauflösung führen könnte.

Zehn Minuten habe ich hier darum gerungen. Ich will einmal nett formulieren: Der Schweiß kam schon aus den Schuhen. Es hat alles nichts genutzt. Ich will es noch einmal, wie im Ruhrgebiet üblich, nett formulieren: Dann habe ich vergurkt. Wir haben keine Mehrheit bekommen. Der Einzelplan 03 wurde damals mit 91:90 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis kennen wir. Die Piraten werden sich freuen, die Linken werden noch immer weinen.

Wie auch immer man das bewertet, will ich doch eines sagen: Ein paar Mitarbeiter der Verwaltung und der Abgeordneten haben mich gerade auf dem Weg hin zum Plenarsaal angesprochen und gesagt: Thomas, was immer du auch gleich vorhast, mache es nicht wieder so wie beim letzten Mal, nicht wieder den Landtag auflösen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass wir heute eine Mehrheit für den Einzelplan 03 hinbekommen. Toi, toi, toi für uns als Demokratinnen und Demokraten. Heute habe ich fünf Minuten. Vielleicht mache ich nicht so viel falsch wie beim letzten Mal.

Ich könnte viel über den Einzelplan 03 sagen. Zum Beispiel könnte ich sagen, dass entgegen der Behauptung der Gewerkschaft der Polizei nicht 41 Millionen € eingespart werden, sondern dass die Personalausgaben um 48 Millionen € steigen.

Weiter könnte ich erwähnen, dass wir an der Einstellung von 1.400 Polizeianwärterinnen und -anwärtinnen festhalten, nachdem die alte abgewählte schwarzgelbe Landesregierung 2.700 zu wenig eingestellt hatte, die uns heute fehlen. Herr Kollege Sieveke, das sind nämlich die, die uns bei der Sachbearbeitung fehlen.

Ich könnte weiterhin erwähnen, dass wir bei der Feuerlöschflotte, den Leitstellen, den Polizeihubschraubern oder auch beim Kauf von Polizeifahrzeugen modernisieren. Übrigens sind wir mit der Einführung des Digitalfunks – nachdem es in der letzten Zeit bei Ihnen nicht so gut geklappt hatte – endlich vorangekommen. Dabei sind wir nicht nur im Plan, sondern schneller.

Eigentlich hatte ich vor, zu sagen, wie sinnvoll die Strategie der Landesregierung ist, auf Prävention zu setzen mit Projekten wie „Kein Kind zurücklassen“ und in unserem Einzelplan 03 unter anderem mit „Kurve kriegen“. Es ist sinnvoll, dass für das Gesamtkonzept der Landesregierung ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Ich hatte gedacht, dass ich dafür breiten Applaus bekomme – im Übrigen auch von der CDU. Aber, Herr Kollege Sieveke, Sie haben, ohne das übrigens zu benennen, schon darauf hingewiesen, dass Sie Einsparvorschläge gemacht haben. Diese Einsparvorschläge haben Sie an genau der Stelle gemacht, wo es um Prävention geht, darum, den Intensivstraf Tätern beizukommen und damit für die

Gesellschaft insgesamt nicht nur Geld zu sparen, sondern auch einen wichtigen sozialen Beitrag zu leisten. An der Stelle legen Sie die Axt an und wollen 1 Million € einsparen. Es wäre schön gewesen, Sie hätten das begründet.

In dem Bericht der Enquetekommission der vorletzten Wahlperiode, in der wir gemeinsam einen Bericht verabschiedet haben, steht genau das, was Sie in Ihrem Haushaltsantrag übrigens negieren: fallbezogener Einsatz, Fokussierung der polizeilichen Kontrollen, direkte Gefährderansprache durch spezialisierte Polizeibeamte. – Woher – wenn nicht mit Geld – soll das kommen?

Sie waren damals zwar noch nicht dabei, aber die CDU hat zugestimmt, dass wir dieses Projekt fahren. An der Stelle jetzt einzusparen zu wollen, empfinde ich persönlich als unglaublich. Das gilt aber auch für Ihre anderen beiden Haushaltsanträge. Sie haben darauf hingewiesen – und vermutlich bin nur ich zu dusselig, es zu verstehen –: Im Jahr 2013 wollen Sie 200 Polizeivollzugsassistenten einstellen. Dafür beantragen Sie 500.000 €.

Ich gebe ja zu: *ludex non calculat!*

(Vereinzelt Heiterkeit von der SPD)

Also habe ich einen Taschenrechner genommen und 500.000 durch 200 geteilt. Ich komme auf ein Jahresgehalt von 2.500 €. Dass Sie gegen einen Mindestlohn sind, weiß ich schon länger. Aber modernes Sklaventum werden wir in Nordrhein-Westfalen nicht unterstützen. Das können Sie doch nicht ernst meinen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Perfide daran ist, dass Sie parallel dazu 5,5 Millionen € im Personaletat der Polizei einsparen. Das entspricht 110 Polizeibeamtinnen und -beamten. Sie wollen in dieser Situation, in der wir mehr als weniger brauchen, 110 Polizeikräfte und 5,5 Millionen € einsparen. Hätte Herr Kruse gesprochen, hätte er das wahrscheinlich nicht gesagt. Und Herr Sieveke, Sie lernen es bestimmt noch: Das kann man nicht machen!

Ich könnte noch auf den Arbeitsschutz eingehen: 9 Millionen von 27 Millionen € wollen Sie einsparen. Sagen Sie den Betroffenen bei Envio in Dortmund zum Beispiel, den über 51 Verletzten: Wir haben euch zwar versprochen, aus diesem Skandal zu lernen, mehr Kontrollen für den Arbeitsschutz und euch als Betroffene durchzuführen, aber erst einmal sparen wir 9 von 27 Millionen € ein. – In unserer Landesverfassung steht: Im Mittelpunkt steht das Wohl des Menschen, der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz des materiellen Besitzes. – Das nehmen wir ernst.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ein letzter Hinweis! Wir werden diesen Haushalt noch drei Wochen lang beraten. Vielleicht finden wir in Fragen der Flüchtlings- und Asylpolitik doch zusammen, die Kommunen stärker zu unterstützen, als das derzeit der Fall ist, vielleicht auch in der Frage des wachsenden Salafismus. Das fände ich gut.

Was bleibt unter dem Strich übrig? Die CDU legt die Axt bei Prävention, Arbeitsschutz und Polizei an. Von der FDP – es tut mir leid – habe ich keine klugen Vorschläge gelesen. Das bringt mich zu dem Ergebnis: Mit diesem Innenminister, dieser Landesregierung und diesen regierungstragenden Fraktionen sind die Sicherheit und die dafür erforderlichen Mittel in guten Händen. Deshalb unterstützen wir den Einzelplan 03. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Stotko. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Jäger, schöne Worte, wie sie so oft von Ihnen zu hören sind, die aber nicht unbedingt weiter helfen.

(Minister Ralf Jäger: Ich habe doch noch gar nichts gesagt!)

– Deswegen sagte ich ja: „wie so oft“. Wir haben uns ja schon des Öfteren ausgetauscht.

Sie müssen auch nach Ihren Worten handeln. Es reicht nicht, wenn Sie davon überzeugt sind, dass die Polizei zu viele Einsatzstunden gegen Gewalt im Umfeld von Fußball aufwenden muss. Es reicht auch nicht, nur auf die Vereine zu zeigen, sondern es gilt, selber den vollen Instrumentenkasten von Polizei und Justiz endlich konsequent zu bemühen, um dem wirksam Einhalt zu gebieten. Meldeaufgaben und beschleunigte Strafverfahren lassen Sie zumeist ungenutzt.

(Minister Ralf Jäger: Ich bin kein Justizminister!)

Es reicht auch nicht, darzustellen, dass Nordrhein-Westfalens Polizeibeamte oft in anderen Bundesländern eingesetzt werden, diese jedoch selbst Hundertschaften abbauen und Nordrhein-Westfalen draufzahlt. Dann müssen Sie die Kostenerstattung eben neu verhandeln, damit sich das für die anderen Länder nicht mehr lohnt.

Es reicht auch nicht, die unbestritten hohe Belastung und Aufgabendichte unserer Polizei zu würdigen, zugleich aber mit den Grünen den Abbau von 2.000 Stellen bei der Polizei einzuläuten.

Sie machen sich auch besonders unglaublich, wenn Ihnen der Landesrechnungshof Mittelver-

schwendung durch zu viele Polizeifahrzeuge in den Kreispolizeibehörden des Landes vorwirft und Ihnen vorrechnet, dass alleine schon durch eine bessere Organisation des Fahrzeugeinsatzes 10 bis 25 % der mehr als 7.000 Polizeiautos eingespart werden könnten, ohne dass die Polizeiarbeit darunter leidet. Es ist den Bürger/innen dann auch nicht erklärbar, warum Sie planen, den Fuhrpark, der im Jahr 65 Millionen € verschlingt, bis 2016 langsam zu verkleinern.

Verstehen Sie mich nicht falsch, meine Damen und Herren: Die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie halten im wahrsten Sinne des Wortes in vielen Situationen für uns ihren Kopf hin und leisten das ihnen unter den gegebenen Rahmenbedingungen Mögliche. Nicht den Beamtinnen und Beamten gilt meine Kritik, sondern den von der Landesregierung bestimmten Rahmenbedingungen.

Nehmen wir das derzeitige Thema Nummer eins – „Wohnungseinbrüche“! Herr Minister, Ihr Programm „Riegel vor! Sicher ist sicherer“ bleibt Theorie. Inszenierte Großkontrollen dienen als hilflose Alibi. Die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen sieht doch anders aus: Örtlich sind im ersten Halbjahr 2012 zumeist gravierende Zuwächse bei den Einbruchzahlen zu verzeichnen, in Münster alleine schon im ersten Halbjahr 2012 gar um ganze 131 %.

Nordrhein-Westfalen hängt im Ländervergleich bei den Aufklärungsquoten mit lediglich 13,6 % weit hinten. Andere Flächenländer wie zum Beispiel Niedersachsen haben eine Aufklärungsquote von sogar über 26 %. Thüringen schafft 40 %. Dort, wo nicht aufgeklärt wird, kann nicht angeklagt werden. Nur 3 % der Einbrecher werden tatsächlich angeklagt und verurteilt. Das beklagte jüngst ein Kripo-Experte aus Nordrhein-Westfalen in der Zeitung und betonte, dass für Einbrecher an Rhein und Ruhr kaum ein Risiko besteht. Herr Jäger, in dem Zusammenhang bleiben Sie schon überzeugende Strategien gegen Einbrecher und Diebesbanden für das tägliche polizeiliche Einsatzgeschehen schuldig.

Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Kriminalpolizei – so äußerte sich jüngst auch der „Spiegel“ – wird im Bereich der Einbruchskriminalität offenbar zunehmend nach dem Motto „Aktenzeichen – abheften – fertig“ verfahren.

Unverständlich ist, warum bislang konkrete Maßnahmen wie Präsenz und Kontrolle an relevanten Orten sowie gezielte Fahndungsmaßnahmen zum Auffinden der Vertriebskanäle der Beute nicht stärker im Fokus stehen. Auffällig sind zudem die sehr abweichenden Aufklärungsquoten in den 47 Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen.

So kann das PP Köln im ersten Halbjahr 2012 nur eine Aufklärungsquote von 4,8 % verzeichnen. In Steinfurt sind es 40 %. Da frage ich mich schon, ob die Polizeibeamten in Steinfurt vielleicht auf dümmere Einbrecher treffen, ob sie bessere Konzepte

oder einfach nur mehr Zeit für Ermittlungen haben, während andere Polizeibehörden überlastet sind und die Fälle nur abheften können.

Fakt ist doch, meine Damen und Herren: Jährlich fehlen von den knapp 40.000 Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen über 4.000 Beamte dauerhaft durch Krankheit, Elternzeit, Beurlaubung und Freistellung. Somit stehen für den Polizeidienst faktisch nur noch 36.000 Beamte, also 90 %, zur Verfügung, abzüglich Urlaub, Fortbildung usw. Fakt ist auch: Für die Aufklärung braucht man zielgerichteten Personaleinsatz und sinnvolle Strategien und nicht nur medienrätchtige Marathons an zwei Tagen im Jahr.

Meine Damen und Herren, vieles bleibt die Landesregierung schuldig – einige Punkte habe ich genannt –, so beispielsweise auch im Bereich der Rockerkriminalität. Der Ausbruch offener Gewalt ist doch die Folge davon, dass man Gebietsaufteilungen lange Zeit um des lieben Friedens willen duldet und damit rechtsfreie Räume schafft. Und was ist eigentlich mit der Strategie im Bereich der Mafia? – Auch davon hören wir nichts.

Das Verfassungsschutzgesetz hat lange auf sich warten lassen, das Rettungsdienstgesetz liegt weiter auf Eis, ebenso das Gesetz über Feuerschutz und Hilfeleistung, und landauf und landab beklagen die Feuerwehren – und zwar im Haupt- wie im Ehrenamt –, dass das Institut der Feuerwehr aus Kapazitätsgründen nicht annähernd die nötige Zahl an Führungskräften ausbilden kann. Mittlerweile stellt sich in vielen Kommunen sogar die Frage der Einsatzfähigkeit. Hier muss dringend nachgebessert werden. Für die wichtige Arbeit unserer Feuerwehrleute erwarten wir einfach mehr Bemühungen, meine Damen und Herren von Rot-Grün.

Ich komme zum Schluss. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Haushaltstitel im Entwurf sind aus unserer Sicht unseriös und trotz massiv abweichender Istzahlen veranschlagt. Dafür gibt es etliche Negativbeispiele, die wir auch im Ausschuss benannt haben. Sie konnten das nicht hinreichend klären. Deswegen lehnen wir den Einzelplan 03 ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Lürbke. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gehören zu einer Generation von Abgeordneten – und damit meine ich ausnahmsweise mal nicht das Lebensalter, sondern diejenigen, die jetzt Politik machen müssen –, die nicht mit Mehrausgaben gestalten kann. Vielmehr sind wir eine Generation von Abgeordneten, die trotz des Sparzwangs aufgrund der Schuldenbremse gestalten wollen und gestalten müssen.

Dabei wissen wir alle, dass der Spardruck in allen Einzelplänen in den nächsten Jahren zunehmen wird. Deshalb gibt es auch hier im Einzelplan 03 im Vergleich zu 2012 quasi eine Verdoppelung der globalen Minderausgabe auf 31 Millionen €.

Ich kann als Abgeordnete, als Parlamentarierin durchaus verstehen, dass FDP und CDU im Ausschuss die Kritik geäußert haben, dass man bei globalen Minderausgaben nie so genau weiß, wo dann eigentlich gespart wird. Aber auch CDU und FDP machen hier keine Vorschläge, wo sie denn eigentlich sparen wollen. Das wären Sie uns als Oppositionsfraktionen aber schuldig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Obwohl wir sparen müssen, lasse ich mir nicht vorwerfen, dass wir an der inneren Sicherheit sparen wollen. Herr Sieveke, als Beispiel – ich weiß nicht, ob Herr Sieveke noch im Raum ist – die

(Daniel Sieveke [CDU]: Sie müssen nur gucken!)

Kriminalitätsstatistik heranzuziehen, finde ich doch sehr peinlich. Sie machen es sich zu einfach. Sie gehen zu undifferenziert vor, wenn Sie nur die Kriminalstatistik heranziehen. Dann müssen Sie auch schauen, welche Entwicklung es bei den hohen Einbrecherquoten gibt. Dort den einfachen Kausalzusammenhang zwischen Anzahl des Personals und Aufklärung zu ziehen, finde ich wirklich unseriös. Sie haben sich nicht angeguckt, um welche Entwicklungen es sich hier wirklich handelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei der Polizei halten wir wie schon im Jahr 2012 auch in diesem Haushalt 2013 an den Einstellungsermächtigungen in Höhe von 1.400 Neueinstellungen fest. Damit halten wir unsere Zusage im Koalitionsvertrag ein.

Herr Lürbke, wenn Sie sagen, wir würden hier den großen Personalabbau vorantreiben, dann finde ich auch das sehr peinlich. Momentan erfolgen mehr Einstellungen als Abgänge. War es nicht die schwarz-gelbe Regierung, die zu lange eben nicht eingestellt hat? Warum haben wir denn dieses Problem bei der Polizei, dass wir ab 2016 mehr Abgänge als Neueinstellungen haben werden, und warum ist der Altersdurchschnitt bei den Kreispolizeibehörden schon heute so hoch?

Ich würde es mir wirklich wünschen, dass auch Sie sich der Diskussion über Aufgabenkritik und Gesundheitsmanagement bei der Polizei annehmen würden. Denn es besteht angesichts der hohen Pensionierungszahlen Diskussionsbedarf. Darauf hat auch die GDP, die Gewerkschaft der Polizei, in ihrer landesweiten Kampagne in den letzten Wochen bei vielen von uns vor Ort noch einmal aufmerksam gemacht.

Ich finde, dass wir eine seriöse Diskussion darüber führen müssen, wo wir die Polizei entlasten können,

zum Beispiel im Bereich der Bereitschaftspolizei. Es kann nicht sein, dass Nordrhein-Westfalen seine Bereitschaftspolizei ständig in andere Bundesländer schickt, während andere Bundesländer bei ihren Bereitschaftspolizeien abbauen. Darüber müssen wir reden und diskutieren.

Genauso müssen wir über die Begleitung von Schwertransporten reden und darüber nachdenken, wie wir in diesem Bereich eine Entlastung erzielen können. Da appelliere ich an Sie, an die Oppositionsfraktionen, diese Diskussion, die wir insbesondere unter den Gesichtspunkten der Schuldenbremse und der hohen Altersentwicklung bei der Polizei dringend führen müssen, auch gemeinsam mit uns zu führen.

Bei dem Thema „innere Sicherheit“ kommt es wie so häufig in vielen Themenbereichen nicht nur auf die Quantität, sondern immer auch auf die Qualität der Arbeit an. Wir haben uns das Verfassungsschutzgesetz vorgenommen; der Innenminister hat es letzte Woche vorgestellt. Verfassungsschutz wird – hier haben wir aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden im Falle der NSU-Morde gelernt – in Zukunft seine Arbeit auf die gewaltorientierten Bestrebungen konzentrieren soll. Das hat zum einen bürgerrechtliche Gründe, weil wir sagen, dass wir nur das gewaltbereite Potenzial durch nachrichtendienstliche Mittel beobachten wollen. Zum anderen führt es gleichzeitig dazu, dass wir die Kräfte, die Mittel, die Ressourcen, die wir beim Verfassungsschutz haben, genau dort einsetzen, wo sie wirklich gebraucht werden. Wir wollen sie effizient einsetzen, um unser Land und unsere Demokratie vor islamistischem und rechtsextremem Terror zu schützen.

Im Bereich der Polizei hatte Herr Sieveke die Kinderfeuerwehren angesprochen. Wir haben im April die Anhörung zur Absenkung des Eintrittsalters bei den Jugendfeuerwehren im FSHG. Ich bin inhaltlich durchaus bei Ihnen, dass die Kinderfeuerwehren ein Weg sein können, Kinder und Jugendliche stärker an die Feuerwehren zu binden, sie für die Feuerwehr zu begeistern. Deswegen haben wir auch im Haushaltsentwurf eine Steigerung bei den Zuschüssen an den VfF, den Verband der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen, insbesondere für die Förderung der Jugendarbeit vorgesehen. Nichtsdestotrotz glaube ich weiterhin, dass die Attraktivität des Feuerwehrberufes nicht allein durch die durchaus wichtige Kinder- und Jugendarbeit der Feuerwehren gesteigert werden kann. Vielmehr müssen wir die Diskussion über das FSHG und über notwendige gesetzliche Veränderungen insgesamt führen.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

– Ja, aber ich würde schon darum bitten, dass wir diese Diskussion in einem Gesamtrahmen diskutieren, um die Arbeit der Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Schäffer. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Herr Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Bürgerinnen und Bürger im Saal und im Stream! Mit ca. 5 Milliarden € ist der Einzelplan 03 der viertgrößte Ausgabentitel im Haushalt 2013. Fast 70 % des Etats werden durch das Personal der Polizei und die Versorgung der Beamten bestimmt. Zusammen mit nicht variablen Sachkosten schrumpft der Spielraum, der uns für Veränderung und Neugestaltung bleibt, auf wenige Prozent. Dabei müssen wir dringend mehr für die Polizei tun.

Ich bin schockiert, wenn ich dank einer Kleinen Anfrage meines Kollegen Dirk Schatz lese, dass ein Landesbeamter für eine Stunde Sonn- und Feiertagsarbeit lediglich einen Zuschlag von 2,92 € erhält. Wenn Beamte zwischen 20 Uhr und 6 Uhr – Arbeitszeiten, die im Berufsfeld der Polizei ständig anfallen – nur 1,28 € pro Stunde extra erhalten, muss man sich nicht wundern, dass sich immer weniger junge Menschen für den Polizeiberuf entscheiden.

(Beifall von den PIRATEN)

Schichtarbeit ist zudem besonders gesundheitsgefährdend,

(Christian Lindner [FDP]: Das gilt doch überall!)

was mit Geld nicht aufzuwiegen ist, ganz zu schweigen von der Familienfeindlichkeit von Nachtschichten und Sonn- und Feiertagsarbeit. Der beständig hohe Krankenstand bei der Polizei ist ein weiteres Indiz dafür, dass hier gehandelt werden muss. Ein modernes Gesundheitsmanagement ist daher dringend nötig. Außerdem wollen wir, dass sich mehr Menschen für einen modernen Polizeiberuf entscheiden können. Dazu gehört ein familienfreundliches Arbeitszeitmodell; denn auch Menschen, die eine Familie planen, sollen im Polizeidienst in NRW ein attraktives Arbeitsumfeld vorfinden.

Eine weitere Maßnahme, um innerhalb des bestehenden Etats Leistungskapazitäten zu schaffen, ist Abrüsten. Herr Minister Jäger, Sie klagen ständig über die hohen Kosten für immer mehr Polizeieinsätze bei Fußballspielen. Versuchen Sie es doch einmal mit einer Deeskalationsstrategie!

(Beifall von den PIRATEN – Lachen von Minister Ralf Jäger)

Aus Gesprächen, die wir seit letztem Sommer mit Fans und Experten geführt haben, bin ich der Überzeugung, dass eine vergleichsweise geringe Investi-

tion in mehr Fanprojekte, verbunden mit der Rücknahme von Repressionsmaßnahmen und zurückhaltendem Einsatz von Polizeikräften bei Fußballspielen, in der Summe Kosten einspart. Die Zufriedenheit der Beamten steigt durch mehr freie Wochenenden, und die Sicherheit des Stadionerlebnisses wird noch weiter erhöht. Mehr Erkenntnisse zu diesem Thema wird sicherlich die Anhörung im Innenausschuss in der nächsten Woche bringen, die Sie hoffentlich verfolgen werden.

Doch zurück zum Haushalt: Wir Piraten sind gewählt worden, um neue Ansätze in die Politik zu bringen. Dazu gehört in erster Linie die Transparenz, ein inzwischen oft, auch von anderen teils inflationär verwendetes Wort. Wir haben aber diesem Wort Taten folgen lassen und bereits im letzten Jahr den Haushaltsplan 2012 transparent ins Netz gestellt. Aktuell können sich Bürgerinnen und Bürger unter „haushalt.piratenfraktion-nrw.de“ nicht nur den Haushalt 2013 in allen Einzelplänen ansehen, sondern Vergleiche mit den Haushalten der letzten zehn Jahre ziehen und so zum Beispiel Zusammenhänge besser nachvollziehen – ein Service, den wir eigentlich von der Landesregierung erwartet hätten, gerade auch im Rahmen ihrer Open-Government-Strategie.

Nun zu unserem Haushaltsänderungsantrag „Modellprojekt Kommune 2.0“: Das ist mit 100.000 € ein kostengünstiger, aber sehr effektiver Vorschlag, mit dem in einer Modellkommune sämtliche Technologien eingesetzt werden sollen, um Open Data und Open Government zu testen. Wir wollen Ihnen und der Regierung zeigen, wie man mit einfachen Lösungen, die wir in unserer Partei auch schon lange praktizieren, die Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft vernetzt. Aus den Erkenntnissen des Modellprojekts sollen dann die Ansätze für eine flächendeckende Umsetzung der Open-Government-Strukturen entwickelt werden. Schließlich soll das Land digital revolutioniert werden.

Es stehen bereits so schöne Tools und Projekte zur Verfügung. Als Beispiel erwähne ich hier „Red Mine“, eine Projektmanagementsoftware, „Liquid Feedback“, das Projekt „Offenes Köln“, die Einführung von Streamings aus dem Rat mithilfe von Owntube und die Haushaltsvisualisierung nach dem Beispiel der Plattform „OpenSpending.org“. Wir erwarten, dass die Regierung einen Zahn zulegt, ihre angekündigte Politik der ausgestreckten Hand in die Tat umsetzt und unserem Änderungsantrag „Kommune 2.0“ stattgibt.

(Beifall von den PIRATEN)

Von einem solchen Modell Projekt können wir alle nur profitieren. Bis Sie hier Ihre Zustimmung signalisieren, lehnen wir Ihren Haushalt ab. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Herrmann. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat bilden wir im Einzelplan 03 nicht nur, aber zu einem großen Teil den Teil von Landespolitik ab, bei dem es um die Sicherheit der Menschen in diesem Land geht. Gerade weil das so ist und weil meine Vorredner so intensiv auf die polizeiliche Arbeit in Nordrhein-Westfalen eingegangen sind, will ich abweichend von meinem Redekonzept dazu einiges sagen.

Ich beginne damit, insbesondere in Richtung der Fraktionen von CDU und FDP ehrlich zu sagen, dass es mich unglaublich ärgert, dass Sie sich permanent in Sonntagsreden formal hinter die nordrhein-westfälischen Polizeibeamtinnen und -beamten stellen, aber tatsächlich hier im Plenum und während der Haushaltsberatungen ihnen in den Rücken fallen.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von Marc Lürbke [FDP])

– Herr Lürbke, zu Ihnen komme ich gleich noch. – Ich werde versuchen, Herr Sieveke, Ihnen das sehr detailliert darzustellen. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, dafür zu sorgen, dass wir zahlenmäßig ausreichend Polizeibeamtinnen und -beamte ausbilden. Im Übrigen tut dies diese Landesregierung zum einen in einem Maße wie keine Landesregierung zuvor bis zum absoluten Maximum der Kapazitäten, was Ausbildung überhaupt angeht. Zum Zweiten statten wir sie gut aus, und zum Dritten bilden wir sie gut aus, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Polizeibeamtinnen und -beamten in ihrer täglichen Arbeit immer mehr Gewalt erfahren und wir sie gut und möglichst noch besser vorbereiten müssen.

Diese Landesregierung hat 2010 als Erstes die Einstellungszahlen für die Polizeibeamtinnen und -beamten in Nordrhein-Westfalen auf 1.400 Anwärtinnen und Bewerberinnen und damit auf so viele wie nie zuvor erhöht – nicht weil es sich dabei um einen Luxus handelt, den wir uns leisten, sondern weil wir das mit Blick darauf, was auf die Polizei in der demografischen Entwicklung zukommt, dringend notwendig haben.

Unsere Vorgängerregierung hat das übrigens nicht getan, obwohl in der Schublade ein Altersbericht lag, der deutlich gemacht hat, wie groß eigentlich die Einstellungsbedarfe der Zukunft sind. Tatsächlich haben Sie zu verantworten, dass Sie 2006 und 2007 nur 500 und 2008, 2009 und 2010 nur 1.100 Bewerberinnen eingestellt haben. Hätten Sie die gleichen Anstrengungen unternommen, wie wir sie unternehmen, hätten wir zurzeit 2.700 Beamtinnen

und Beamte mehr auf der Straße – um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Mit den 1.400 Anwärtern, die wir jetzt ausbilden, werden wir in den nächsten Jahren Gott sei Dank mal wieder mehr Beamtinnen und Beamte haben. Da haben wir ein bisschen Fett auf den Rippen. Ab 2017 kommt aber eine Diät auf uns zu. Dann wird dieses Fett ganz schnell wieder abgehungert sein.

Das sind die Sünden der Vergangenheit. Grund ist die schwarz-gelbe Lücke bei den Einstellungen in Ihrer Regierungsverantwortung. Um es einmal ganz deutlich zu sagen, meine Damen und Herren: Wären Sie nicht schon längst in der Opposition angekommen, wären Sie mit Ihrer Politik ein Sicherheitsrisiko für dieses Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hier werden Dinge dargestellt, die man auch in einer Redezeit von lediglich fünf Minuten zu korrigieren versuchen muss. Das betrifft beispielsweise die Kriminalitätsstatistik. Ja, wir haben eine Aufklärungsquote von 49 bis 50 % – übrigens liegt sie seit 2002 immer in dieser Größenordnung –, und zwar in einem Bundesland, in dem wir neun Städte über 250.000 Einwohner haben. In Bayern gibt es nur drei solche Städte. Kriminalität ist auch ein Phänomen der Ballungsräume. Bei einer Aufklärungsquote von 49 bis 50 % unter diesen Rahmenbedingungen kann ich nur feststellen, dass unsere Beamtinnen und Beamten außerordentlich gute Arbeit leisten und dafür Wertschätzung verdient haben, Herr Lürbke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auf viele Punkte kann ich jetzt nicht eingehen. Das gilt auch in Bezug auf unsere Strategie „Brems Dich – Rette Leben!“. Ich kann nur feststellen, dass wir in Nordrhein-Westfalen vermutlich auch mit dieser Kampagne dafür gesorgt haben, dass die Zahl der Verkehrstoten in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr stärker gesunken ist als im Bundesdurchschnitt. Der Rückgang betrug statt 8 % wie im Bundesdurchschnitt hier in Nordrhein-Westfalen 17 %.

Herr Lürbke, was mich wirklich ärgert, ist die Darstellung dessen, was Polizeibeamtinnen und -beamte im Rahmen von Rockerkriminalität zurzeit in Nordrhein-Westfalen leisten. Wir haben es hier mit einem sich stark verändernden Kriminalitätsphänomen zu tun. Das sind nicht mehr die Rockerbanden der 45- oder 50-jährigen Deutschen, die mit Kleinkriminalität und Motorradfahren über die Runden kommen. Vielmehr stellen wir fest, dass diese Szene sich nachhaltig verändert. Sie wird von massiv gewalttätigen jungen Männern insbesondere mit Migrationshintergrund übernommen. Die klassischen Klischees der Rockerkriminalität gelten überhaupt nicht mehr.

Herr Lürbke, eines müssen Sie hier und jetzt verdeutlichen: Sie werfen den nordrhein-westfälischen

Polizeibeamtinnen und -beamten vor, im Rahmen der Rockerkriminalität durch bewusstes Wegschauen die Verteilungskämpfe sogar noch geschürt zu haben. So haben Sie es gerade dargestellt. Ich fordere Sie auf, konkret zu belegen, wann und wo Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen weggeschaut haben, als Kriminalität stattgefunden hat.

(Beifall von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Alles andere ist ein Vorwurf der Strafvereitelung. Das lasse ich gegen meine nordrhein-westfälische Polizei nicht gelten, Herr Lürbke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Legen Sie das entweder detailliert dar, oder nehmen Sie diesen Vorwurf zurück.

Meine Damen und Herren, ansonsten tun wir das, was diese Landesregierung in vielen Bereichen tut: Auch in der Sicherheitspolitik kehren wir den Scherbenhaufen, den Sie hinterlassen haben, weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Lürbke. Herr Lürbke, eigentlich haben Sie keine Zeit mehr übrig gelassen. Da die Landesregierung ihre Redezeit jetzt um 1:06 Minuten überzogen hat, würde ich sagen, weil wir hier großzügig sind: noch einen ganz kurzen Satz. Bis 12:30 Uhr werden wir dann auch noch – das hoffe ich jedenfalls – über den Einzelplan 03 abgestimmt haben. Die Abstimmung über den Einzelplan 03 ist nämlich eine ganz historische Abstimmung. Manche im Hohen Hause erinnern sich noch; das ist noch gar nicht so lange her. Herr Lürbke, Sie erinnern sich nicht. Bitte, Sie haben das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Ich mache es auch ganz kurz. – Herr Jäger, lassen Sie mich das noch einmal ganz deutlich machen und klarstellen. Mir geht es vor allen Dingen darum – die Experten des LKA sind sich auch einig, dass es darum gehen muss –, gerade bei der Rockerkriminalität die Führungspersonen zu entzaubern.

(Minister Ralf Jäger schüttelt den Kopf.)

– Doch, ganz sicher. Dazu gibt es ganz klare Äußerungen. Das muss noch viel stärker geschehen. Ich weiß auch – ich erkenne das auch an –, dass Sie da bereits einiges gemacht haben. Nichtsdestotrotz ist es vielleicht zu spät erfolgt. Rechtsfreie Räume wurden da geschaffen.

Mir persönlich geht es in erster Linie gar nicht, obwohl das natürlich ebenfalls ein wesentlicher Punkt ist, um die Rockerkriminalität untereinander, sondern um die Frage, wie die Personen dieses Milieus

ihren Lebensstil finanzieren. Sie machen das im Rotlichtmilieu. Dort werden Frauen geschlagen, vergewaltigt und unterdrückt. Alles das sind elementare Punkte, die angegangen werden müssen.

Besonders ärgert mich, dass – das betonen auch die LKA-Experten – für die Gestalten dieses Milieus zum Beispiel in Berlin von der Polizei Experten abkommandiert werden,

(Zurufe von der SPD: Redezeit!)

während in Nordrhein-Westfalen häufig Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereitschaftsdienst dafür eingesetzt werden. Das heißt, dass hier junge Kolleginnen und Kollegen der Polizei in oft sehr riskante und gefährliche Manöver geschickt werden. Das wollte ich noch einmal klarstellen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lürbke. – Nun kommen wir zur Abstimmung. Von 12:28 bis 12:30 Uhr stimmen wir über den Einzelplan 03 in zweiter Lesung ab.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Klasse Einzelplan!)

Wer im Hohen Hause stimmt der Beschlussempfehlung Drucksache 16/2103 und damit dem Einzelplan 03 in zweiter Lesung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD und Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU,

(Jochen Ott [SPD]: Ein paar von der CDU! Fragmente der CDU!)

FDP und Piraten. Wer im Hohen Hause enthält sich? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2103 angenommen** und der **Einzelplan 03** in zweiter Lesung mit Mehrheit **verabschiedet**.

Nun rufe ich auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

In Verbindung mit:

Schulministerin Löhrmann muss umgehend handeln, um die nicht hinnehmbare Situation der Schulen bei der Organisation von pädagogisch sinnvollen Klassenfahrten zu beseitigen!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2036

Ich darf noch auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2105 sowie den Änderungsantrag

der Fraktion der CDU Drucksache 16/2209 hinweisen.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal stehen die Haushaltsberatungen im politischen Jahr an. Wieder einmal offenbaren die Zahlen der Ministerin nichts Gutes für unser Bundesland.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ach, du meine Güte!)

Die Verabschiedung des Einzelplans 05 für das Jahr 2012 liegt erst wenige Wochen zurück. Beim Blick in den Haushalt 2013 ist man versucht, die alte Haushaltsrede hervorzuholen und noch einmal zu halten, da sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben haben. Konnte man den mangelnden Gestaltungswillen im Jahr 2012 vielleicht noch ansatzweise mit der Landtagswahl erklären, so erschließt er sich für diesen Haushalt gar nicht mehr.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Mir erschließt sich die Rede nicht!)

Wann wollen Sie beginnen aufzuzeigen, Frau Ministerin Löhrmann, welchen Beitrag Ihr Ressort zur Konsolidierung der desaströsen Landesfinanzen leisten kann und vor allem muss? Wann werden Sie endlich beginnen, bildungspolitische Schwerpunkte zu setzen? Am Ende Ihrer Regierungstätigkeit? Denn dass man den größten Einzeletat mit einem Anteil von 25,2 % an den Gesamtausgaben nicht auf Dauer ausnehmen kann, wenn die Schuldenbremse einzuhalten ist, wird wahrscheinlich allen hier im Raum klar sein. Es sei denn, Frau Ministerin, es ist Ihnen in einem Sechsaugengespräch, wie schon einmal in dieser Woche, mit der Ministerpräsidentin und dem Finanzminister gelungen, auszuhandeln, dass alle anderen Bereiche sparen, nur der Ihrige nicht. In diesem Falle würden wir Bildungspolitiker Ihnen sicher gerne Beifall zollen. Allerdings haben wir eher die Vermutung, dass Sie nur deshalb keine Konsolidierung anstreben müssen, weil es alle anderen auch nicht tun.

Das ist wahrhaft keine Leistung, denn die Rechnung wird den kommenden Generationen präsentiert, die selbst bei bester Schulausbildung kaum genug Steuern werden erwirtschaften können, um Ihre Schulden zurückzuzahlen geschweige denn noch eigene politische Gestaltungsmöglichkeiten zu haben. Das nennen Sie Bildungsgerechtigkeit? Das ist weder gerecht noch ist es sozial.

(Beifall von der CDU)

Es ist im Gegenteil zutiefst egoistisch. Die unangenehme Aufgabe, zu sparen und trotzdem bildungspolitische Akzente zu setzen, überlassen Sie lieber den anderen. Hierzu passt, dass Sie sich damit rühmen, die sogenannten demografischen Gewinne zu großen Teilen im Schulsystem zu belassen. Un-